



Ergebniszusammenfassung zu der von der Kinderkommission in Auftrag gegebenen Studie

Partizipation von Kindern und Jugendlichen in niedersächsischen Kommunen – Ergebnisse einer Befragung

November 2017

## Projektverantwortliche:

Prof. Dr. Johanna Groß Prof. Dr. Jan Schilling

### Autoren/innen:

Prof. Dr. Johanna Groß, Prof. Dr. Jan Schilling, Nele Badeda Zentrum für Organisationsdiagnostik (ZOD) der Kommunalen Hochschule für Verwaltung (HSVN)

Unter Mitwirkung von Jennifer Düker.

### Im Auftrag der:

Niedersächsischen Kinderkommission

Vorsitzender: Prof. Dr. Waldemar Stange (Leuphana Universität Lüneburg)

Stellvertretende Vorsitzende: Prof. Dr. Gunda Voigts (Hochschule für Angewandte Wissen-

schaften Hamburg)
Geschäftsführung:
Heike Bludau

Nds. Landesjugendamt Tel. 0511- 89701-306

Heike.Bludau@ls.niedersachsen.de

# Inhalt

A	bkürzu	ıngsverzeichnis	IV
Α	bbildu	ngsverzeichnis	V
1	Hin	tergrund und Ziele	6
2	Me	thodische Vorgehensweise der Studie	7
3	Des	skriptive Ergebnisse	8
	3.1	Arten und Einwohnerzahl der Kommunen	8
	3.2 Zuständigkeiten		10
	3.3	Schriftliche Verankerung	11
	3.4	Einbindung in den Jugend(hilfe)ausschuss	12
	3.5	Häufigkeit der Einbindung in Entscheidungsprozesse	13
	3.6	Verständnis von Beteiligung	14
	3.7	Formen der Beteiligung	15
	3.8	Beurteilung der Rahmenbedingungen der Beteiligung	16
	3.9	Bereiche der Beteiligung	18
	3.10	Beurteilung der Wirkung der Beteiligung allgemein	21
	3.11	Beurteilung der Wirkung der Beteiligung auf die Zielgruppe	23
	3.12	Stärke des Engagements der Kommune	25
	3.13	Häufigkeit des Einbezugs der Ansichten von Kindern und Jugendlichen in Beschlüssen	26
	3.14	Wünsche hinsichtlich Unterstützung	27
	3.15	Alterszielgruppen der Beteiligungsformen	28
	3.16	Nutzung der Beteiligungsformen nach Geschlecht	
	3.17	Schulformen der beteiligten Kinder und Jugendlichen	
4	We	iterführende Analysen	31
	4.1	Hypothese 1	32
	4.2	Hypothese 2	33
	4.3	Hypothese 3	34
	4.4	Hypothese 4	35
	4.5	Hypothese 5	36
	4.6	Hypothese 6	37
	4.7	Hypothese 7	38
	4.8	Hypothese 8	39
5	Sch	nlussfolgerungen und Diskussion	40
	5.1	Allgemeine Aspekte der Erhebung	40
	5.2	Deskriptive Ergebnisse	40
	5.3	Weiterführende Analysen	
6	Hai	ndlungsempfehlungen	
ı	iteratu		45

## Abkürzungsverzeichnis

d. h. das heißt

ebd. ebenda

etc. et cetera

HSVN Kommunale Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen

M Mittelwert

N Anzahl der einbezogenen Fälle

NSI Niedersächsisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung e. V.

p Wert zur Überprüfung, ob der Korrelationskoeffizient signifikant ist

r Korrelationskoeffizient

SD Standardabweichung

ZOD Zentrum für Organisationsdiagnostik

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Größen der Kommunen	8
Abbildung 2: Einwohnerzahl	9
Abbildung 3: Zuständigkeiten	10
Abbildung 4: Schriftliche Verankerung	11
Abbildung 5: Einbindung Jugend(hilfe)ausschuss	12
Abbildung 6: Häufigkeit Einbindung in Entscheidungsprozesse	13
Abbildung 7: Verständnis von Beteiligung	14
Abbildung 8: Formen der Beteiligung	15
Abbildung 9: Beurteilung Rahmenbedingungen Partizipation	17
Abbildung 10: Bereiche der Beteiligung	20
Abbildung 11: Wirkung Partizipation allgemein	22
Abbildung 12: Wirkung auf Zielgruppe	24
Abbildung 13: Stärke des Engagements der Kommune	25
Abbildung 14: Häufigkeit Einbezug der Ansichten von Kindern und Jugendlichen	26
Abbildung 15: Unterstützungswünsche	27
Abbildung 16: Alterszielgruppen der Beteiligungsformen	28
Abbildung 17: Hauptsächliche Nutzung der Beteiligungsformen nach Geschlecht	29
Abbildung 18: Schulformen der beteiligten Kinder und Jugendlichen	30

## 1 Hintergrund und Ziele

Am 6. Dezember 2016 konstituierte sich die Niedersächsische Kinderkommission, deren Ziel es ist, die "gesellschaftliche Teilhabe von jungen Menschen zu gewährleisten"<sup>1</sup>. Ihre Aufgabe ist nicht nur das Schaffen eines öffentlichen Bewusstseins für die Anliegen von Kindern und Jugendlichen sondern auch den Schutz dieser Gruppe durch die Gesellschaft zu unterstützen und ihren Rechten Achtung zu verschaffen. Die Kommission ist auch beauftragt, für die Interessen der jungen Menschen einzutreten und sie vor dem Hintergrund von Diversität zu vertreten sowie sie in die Lage zu versetzen, ihre Interessen eigenständig zu vertreten. Ziel ist es dabei, "die Chancengerechtigkeit und Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verbessern"2.

Vor diesem Hintergrund beauftragte die Kommission das Niedersächsische Studieninstitut für kommunale Verwaltung e.V. (NSI) mit der Befragung der niedersächsischen Kommunen zur aktuellen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf lokaler Ebene. Dabei ging es vor allem darum - im Sinne einer ersten Bestandsaufnahme - einen Überblick über die bereits bestehenden Partizipationsmöglichkeiten und -bereiche sowie das Engagement auf kommunaler Ebene zu gewinnen. Nur mit den Daten zum aktuellen Stand der Angebote können Unterstützungsmöglichkeiten und Handlungsempfehlungen sinnvoll erarbeitet werden.

Das Erhebungsinstrument wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber konzipiert und auf die speziellen Bedürfnisse abgestimmt. Erläuterungen zum Umfragedesign (Erhebungszeitraum, Fragebogenkonzept, etc.) finden Sie im folgenden Kapitel. Bei spezielleren Fragen hinsichtlich der Gestaltung des Fragebogens wenden Sie sich gerne an die Autoren des Berichts.

Der Bericht enthält zunächst eine kurze Erläuterung der methodischen Vorgehensweise (Kapitel 2). Anschließend werden die deskriptiven Ergebnisse (Kapitel 3) und die weiterführenden Analysen von getesteten Hypothesen (Kapitel 4) vorgestellt. Abschließend werden Schlussfolgerungen (Kapitel 5) aus den vorgestellten Daten sowie Handlungsempfehlungen (Kapitel 6) dargelegt.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> LS o.A.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ebd.

## 2 Methodische Vorgehensweise der Studie

Die Befragung wurde als Online-Erhebung zwischen dem 6. Juni und dem 1. August 2017 durchgeführt. Insgesamt wurden 447 Kommunen in Niedersachsen (Mitgliedskommunen des Niedersächsischen Studieninstituts) eingeladen, an der Erhebung teilzunehmen. Der Fragebogen wurde jeweils durch die/den Hauptverwaltungsbeamtin/en oder durch eine/n von ihr/ihm benannten Vertreter/in ausgefüllt. Die Rücklaufquote lag mit 177 teilnehmenden Mitgliedkommunen bei 39,6%, was für diese Art der Erhebung eine zufriedenstellende Beteiligung darstellt.3

Das Erhebungsinstrument umfasste zum einen Fragen zu Strukturdaten, wie der Art der Kommune, Einwohnerzahl, Organisation, Fokus und Verankerung der Kinder- und Jugendbeteiligung. Zum anderen wurde die Partizipation von Kindern und Jugendlichen erfasst, indem Fragen zu Häufigkeiten der Beteiligung, Einbindung in verschiedene Entscheidungsprozesse, Formen der Partizipation sowie zu wahrgenommenen Chancen und Schwierigkeiten gestellt wurden.

In der deskriptiven Auswertung wurden zunächst Häufigkeiten, Mittelwerte (M) und Standardabweichungen (SD) berechnet. Mittelwerte geben das arithmetische Mittel, d. h. die durchschnittliche Verteilung der Antworten an. Die Standardabweichung informiert darüber, wie weit die Werte einer Verteilung durchschnittlich vom Mittelwert entfernt liegen - also wie heterogen die Antworten ausgefallen sind. Bei einigen Fragen konnten mehrere Optionen gewählt werden, dies ist jeweils in der Grafik und der Beschreibung vermerkt. Zur Erfassung von Zustimmungsgraden wurde eine 5-stufigen Antwortskala verwendet, die von "trifft gar nicht zu" bis "trifft völlig zu" reicht. In den weiterführenden Analysen (Kapitel 4) wurden Unterschiede zwischen Gruppen (z.B. verschiedene Arten von Kommunen) per Mittelwertvergleich (t-Test) ausgewertet. Wechselbeziehungen zwischen zwei Variablen wurden per Korrelationsanalyse ausgewertet. Signifikante Ergebnisse bedeuten dabei, dass die gefundenen Zusammenhänge statistisch bedeutsam und nicht zufällig sind.

Eine kurze Erläuterung zu der Option "keine Angabe": Unter diesen Punkt fallen verschiedene Szenarien. Zum einen ist es möglich, dass die beantwortende Person die korrekte Antwort auf diese Frage nicht wusste oder mitteilen wollte (passive Enthaltung). Zum anderen

<sup>3</sup> Die Beurteilung von Rücklaufquoten bedarf der Berücksichtigung verschiedener Einflussfaktoren und geschieht immer auch im Vergleich mit ähnlichen Studien. Die Kommunalbefragung 2015 des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung erzielte eine Rücklaufguote von 45% die als sehr hoch eingeschätzt wurde (vgl. BBSR o.A.).

wäre auch möglich, dass im konkreten Fall keine sinnvolle Angabe gemacht werden konnte, weil beispielsweise gar keine entsprechenden Angebote vorliegen. Aber auch eine aktive Enthaltung könnte hierüber vorgenommen werden.

## 3 Deskriptive Ergebnisse

In diesem Berichtsabschnitt werden deskriptive Statistiken vorgestellt. Das bedeutet, dass die Häufigkeiten und Verteilungen von Angaben oder Einschätzungen wiedergegeben, also keine Zusammenhänge zwischen den einzelnen Fragen überprüft werden.

Werden absolute Häufigkeiten berichtet, stehen diese in der Regel in Klammern hinter der genannten Option. Mittelwerte werden durch ein "M" gekennzeichnet, Werte der Standardabweichung durch "SD" (siehe Kap. 2 Methodische Vorgehensweise der Studie).

#### 3.1 Arten und Einwohnerzahl der Kommunen

Knapp die Hälfte der teilnehmenden Kommunen waren kreisangehörige Gemeinden (absolute Häufigkeit: 88), ein gutes Fünftel waren Samtgemeinden (36). 22 Kommunen waren selbständige Gemeinden, 20 ein Landkreis oder eine Region. Die Anzahl Kreisfreier Städte, großer selbständiger Städte sowie Mitgliedsgemeinden einer Samtgemeinde liegt jeweils im einstelligen (Prozent)bereich. Damit gelang es, die Vielfalt der Kommunen Niedersachsens auch in der entstandenen Stichprobe abzubilden.

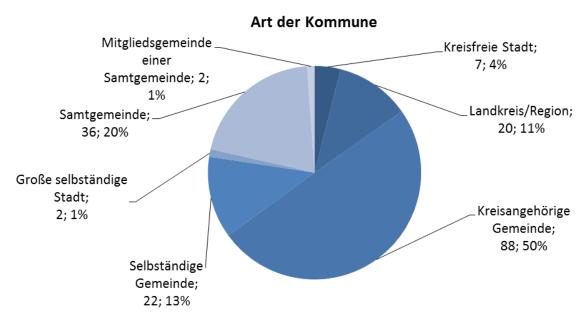


Abbildung 1: Größen der Kommunen

Die kleinste teilnehmende Kommune hat eine Größe von 500 bis 1.000 Einwohnern, die größte Kommune zählt mindestens 500.000 Einwohner. Die meisten Kommunen (61) haben zwischen 10.000 und 20.000 Einwohnern.



Abbildung 2: Einwohnerzahl

## 3.2 Zuständigkeiten

Auf die Frage, wie die Kinder- und Jugendbeteiligung in ihrer Kommune organisiert ist, antwortete mit 84 Kommunen der Großteil der Befragten, es gäbe keine speziellen Zuständigkeiten für den Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung. Während 73 Kommunen angaben, in der Verwaltung eine zentrale Abteilung/Stelle eingerichtet zu haben, antworteten 16 Kommunen, dass mehrere Abteilungen/Stellen zuständig seien. Drei Kommunen machten keine Angabe (siehe hierzu auch Kap 2 Methodische Vorgehensweise der Studie).

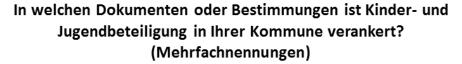
### Wie ist die Kinder- und Jugendbeteiligung in Ihrer Kommune organisiert?



Abbildung 3: Zuständigkeiten

## 3.3 Schriftliche Verankerung

Kinder- und Jugendbeteiligung wird in den Kommunen in unterschiedlichen Dokumenten und Bestimmungen festgehalten, was an der häufigen Nutzung der Mehrfachnennung deutlich wird. An der Spitze stehen hierbei Ratsbeschlüsse (67) und Fachausschussbeschlüsse (58) - deutlich vor kommunalen Leitbildern, die mit 27 Kommunen an dritter Stelle stehen. Jedoch machten 69 Kommunen bei dieser Frage keine Angabe, was sowohl auf ein Fehlen einer schriftlichen Verankerung aber auch andere Gründe zurückgeführt werden kann (siehe hierzu auch Kapitel 2).





**Abbildung 4: Schriftliche Verankerung** 

## 3.4 Einbindung in den Jugend(hilfe)ausschuss

die Frage, wie Kinder und Jugendliche bei Entscheidungen des Jugend(hilfe)ausschusses beteiligt werden, waren wiederum Mehrfachnennungen möglich. Es antworteten 34 Kommunen, dass Kinder und Jugendlichen zum Thema angehört werden. 8 gaben an, dass sie mittels Fragebogen zum Thema befragt werden. 42 Kommunen beziehen Kinder und Jugendliche auf andere Weisen mit ein und 58 Kommunen machten keine Angabe (siehe hierzu auch Kapitel 2). Insgesamt lässt sich somit festhalten, dass Kinder und Jugendliche überwiegend und in unterschiedlicher Weise in die Entscheidungen der Jugend(hilfe)ausschüsse einbezogen werden.

## Wie werden Kinder und Jugendliche bei Entscheidungen des Jugendhilfeausschusses/Jugendausschusses beteiligt? (Mehrfachnennung)

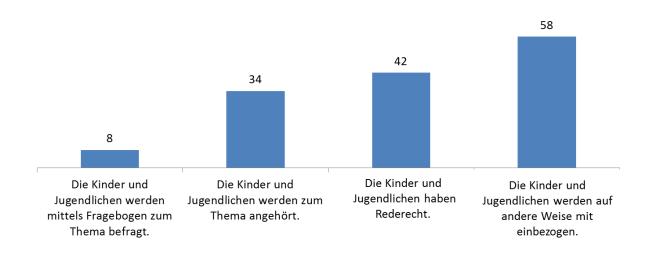


Abbildung 5: Einbindung Jugend(hilfe)ausschuss

## 3.5 Häufigkeit der Einbindung in Entscheidungsprozesse

Wie in der untenstehenden Grafik zu sehen, nimmt die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an Entscheidungsprozessen über den Verlauf der Projektphasen tendenziell ab (M sinkt mit einer Ausnahme kontinuierlich von 2,82 auf 2,31). Werden sie bei der Ideenlieferung noch in 48 Kommunen "oft" oder "sehr oft" einbezogen, so werden sie in der Realisierungsphase nur in 28 Kommunen "oft" oder "sehr oft" einbezogen, in der Evaluierung sogar nur noch in 15 Kommunen.

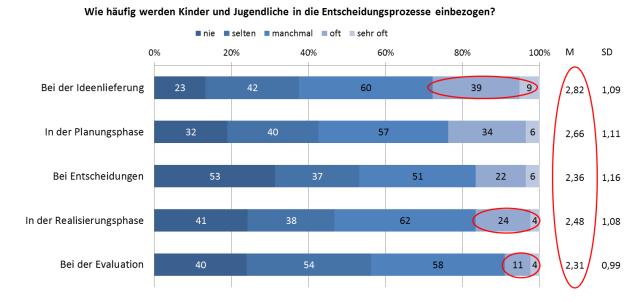


Abbildung 6: Häufigkeit Einbindung in Entscheidungsprozesse

## 3.6 Verständnis von Beteiligung

Zur Klärung des Verständnisses von Kinder- und Jugendbeteiligung in den einzelnen Kommunen wurden die Vertreter gebeten, verschiedene Aussagen hinsichtlich ihrer Zustimmung zu beurteilen (von 1: trifft gar nicht zu bis 5: trifft völlig zu). Die stärkste Zustimmung erhielt mit einem Mittelwert von 3,28 die Arbeit der Kinder und Jugendlichen an klar umrissenen Themen und Aufgaben: zwei Drittel der Studienteilnehmer verstehen diesen Aspekt mindestens zum Teil als Kinder- und Jugendbeteiligung.

Aber auch die stellvertretende Interessenwahrnehmung durch Erwachsene und die Teilnahme gewählter Kinder- und Jugendvertreter/innen an Erwachsenengremien erhielten tendenzielle Zustimmungen (M: 2,92 und 2,9). Die regelmäßige Tagung von gewählten Kinder- und Jugendvertreter/innen in eigenen Gremien und die Mitbestimmung gewählter Kinder- und Jugendvertreter/innen in Erwachsenengremien erzielten demgegenüber eher geringe Zustimmungswerte (Mittelwerte: 2,59 und 2,47) - hier gaben über die Hälfte der befragten Kommunen an, dass diese Aspekte gar nicht oder eher nicht zutreffen. Zu berücksichtigen ist aber auch, dass die Standardabweichungen in beiden Fällen vergleichsweise etwas höher ausfallen (SD: 1,58 und 1,42) - die Antworten hier also stärker über die ganze Antwortskala verteilt sind als bei den anderen Optionen.

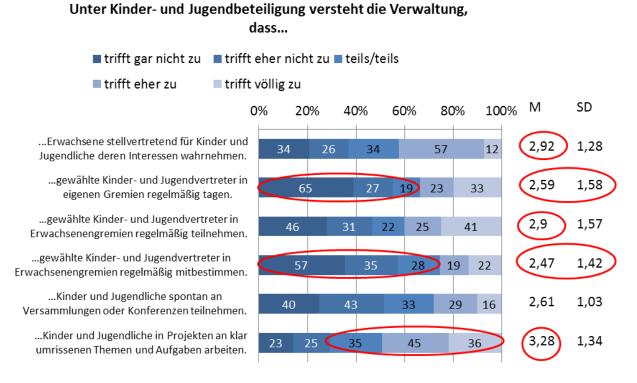


Abbildung 7: Verständnis von Beteiligung

## 3.7 Formen der Beteiligung

Kinder und Jugendliche werden in verschiedenen Formen in ihrer Kommune beteiligt. Dabei bestehen in den jeweiligen Kommunen teilweise durchaus auch mehrere Angebote. Spitzenreiter sind Arbeitsgruppen, welche in 49 Kommunen bestehen. Auf Platz zwei und drei folgen Zukunftswerkstätten (33) sowie Kinder- und Jugendbeauftragte (29). Am seltensten wurden ein/e Kinder- und Jugendanwalt/anwältin (1), Kinder- und Jugendbürgermeister/innen oder Vergleichbares (3) sowie Kinder- und Jugendkommissionen (3) genannt. 43 Kommunen gaben hingegen keine der Optionen an (siehe hierzu auch Kap 0).

# In welcher Form erfolgt die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Ihrer Kommune? (Mehrfachnennung)

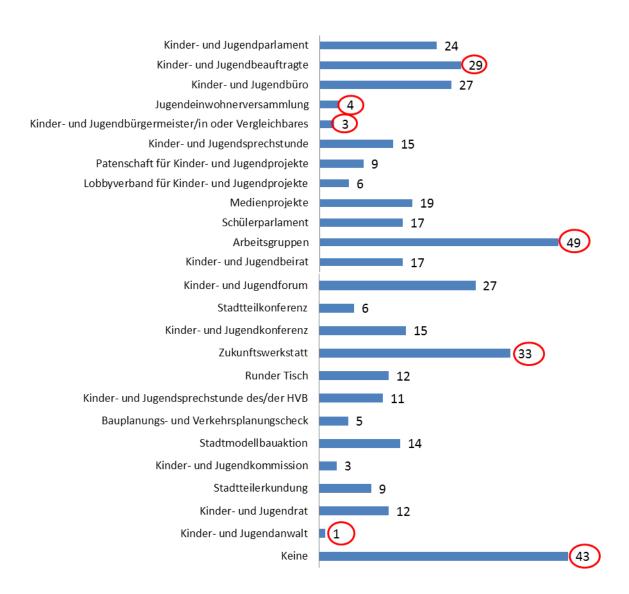


Abbildung 8: Formen der Beteiligung

## 3.8 Beurteilung der Rahmenbedingungen der Beteiligung

Bei der Beurteilung verschiedener Aussagen bezüglich des Umfangs und der aktuellen Rahmenbedingungen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zeigen sich sehr unterschiedliche Ergebnisse (vgl. Abbildung 9). Die höchste durchschnittliche Zustimmung erhält die Aussage, dass Partizipation von Kindern und Jugendlichen innerhalb der Kommune ausgebaut werden müsse (M: 3,81). Gleichzeitig ist die Standardabweichung mit 0,97 vergleichsweise niedrig – die Teilnehmer/innen der Studie sind sich hier also tendenziell einiger als in anderen Fragen.

Allgemein wird das politische Klima für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen als eher förderlich empfunden (M: 3,33). Jedoch stimmen im Schnitt weniger Kommunen der Aussage zu, dass bereits Beteiligungsstrukturen vorhanden sind (M: 2,98). Allerdings gehen die Meinungen hier auch weiter auseinander als bei der Frage des politischen Klimas (SD: 1,25 gegenüber 0,94). Die Berücksichtigung der Ansichten von Kindern und Jugendlichen in Beschlüssen der Kommune erreichte eine eher hohe Zustimmung (M: 3,1). Etwas höher liegt diese noch bei der Einschätzung, dass die Kommune von der Beteiligung der Kinder und Jugendlichen profitiert (M: 3,19).

In den Fragen der Ausstattung mit Ressourcen sind sich die Kommunen ebenfalls weniger einig, was an der höheren Standardabweichung in den Fragen 4 bis 6 deutlich wird (SD: 1,11 / 1,35 / 1,14). Insbesondere scheint es hier an Personal für die Partizipation zu fehlen – für über die Hälfte der Studienteilnehmer (103) trifft die Aussage, dass es ausreichend Personal gäbe, "nicht" oder "eher nicht" zu.

### Inwieweit treffen folgende Aussagen auf Ihre Kommune zu?

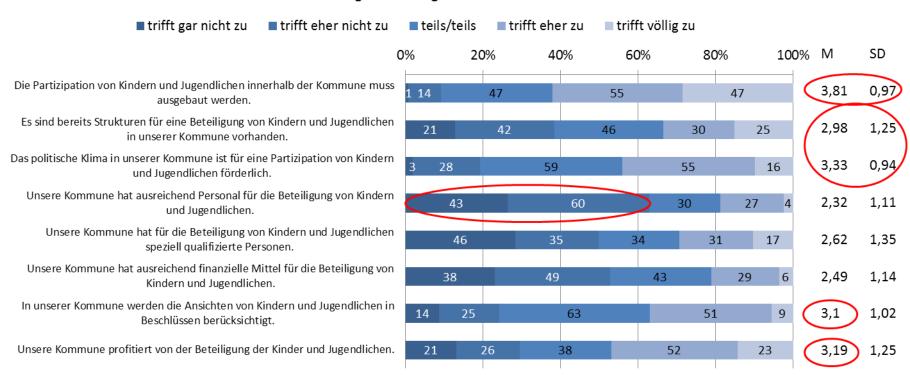


Abbildung 9: Beurteilung Rahmenbedingungen Partizipation

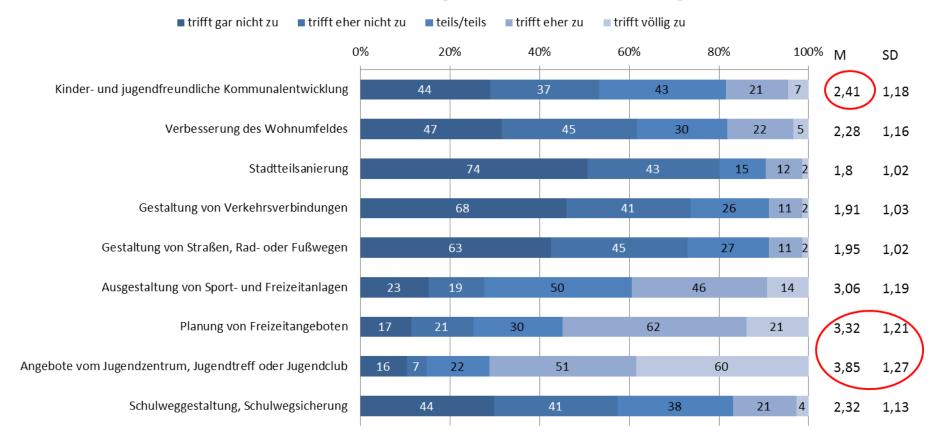
## 3.9 Bereiche der Beteiligung

Die durchschnittlich am häufigsten angegeben Bereiche, in denen Kinder und Jugendliche beteiligt werden, sind Angebote von Jugendzentren, Jugendtreffs oder Jugendclubs (M: 3,85), die Planung von Freizeitangeboten (M: 3,32) und die Spielplatzgestaltung (M: 3,22). Jedoch sind die jeweiligen Werte der Standardabweichung ebenfalls vergleichsweise höher ausgeprägt (SD: 1,27 / 1,21 / 1,33), was bedeutet, dass die Angaben hier etwas heterogener als in anderen Punkten sind. Insoweit finden sich hier deutliche Unterschiede zwischen den befragten Kommunen.

Die geringsten Durchschnittswerte verzeichnen die Bereiche Stadtteilsanierung, Arbeits-Ausbildungs- und Studienplätze sowie Bauleitplanung (M: jeweils 1,8) - was sich bei den letzten beiden Optionen möglicherweise mit den vergleichsweise geringeren inhaltlichen Überschneidungen mit der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen begründen lässt.

Auffällig ist auch, dass Themen, die sich inhaltlich besonders für die Beteiligung der Zielgruppe anbieten würden, eher mittlere Durchschnittswerte erzielen - wie beispielsweise kinder- und jugendfreundliche Kommunalentwicklung (M: 2,41) oder politische Bildung (M: 2,47), aber auch Umwelt- und Naturschutz (M: 2,36) sowie Tierschutz (M: 1,89). Insoweit entsteht ein Bild, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vor allem in Themenbereichen stattfindet, die mit den unmittelbaren Lebensbereichen Schule und Freizeitgestaltung zusammenhängen.

## In welchen Bereichen werden Kinder und Jugendliche in Ihrer Kommune beteiligt?



## In welchen Bereichen werden Kinder und Jugendliche in Ihrer Kommune beteiligt?

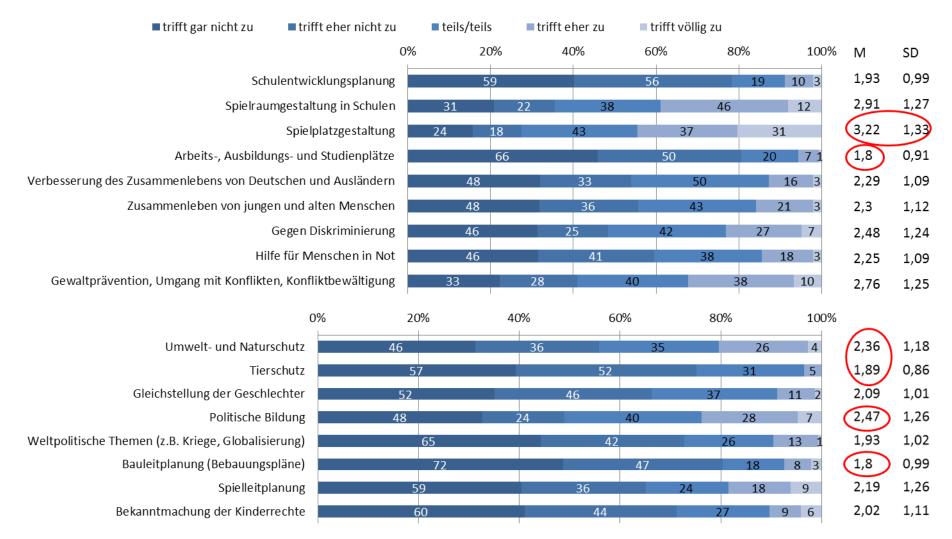


Abbildung 10: Bereiche der Beteiligung

#### Beurteilung der Wirkung der Beteiligung allgemein 3.10

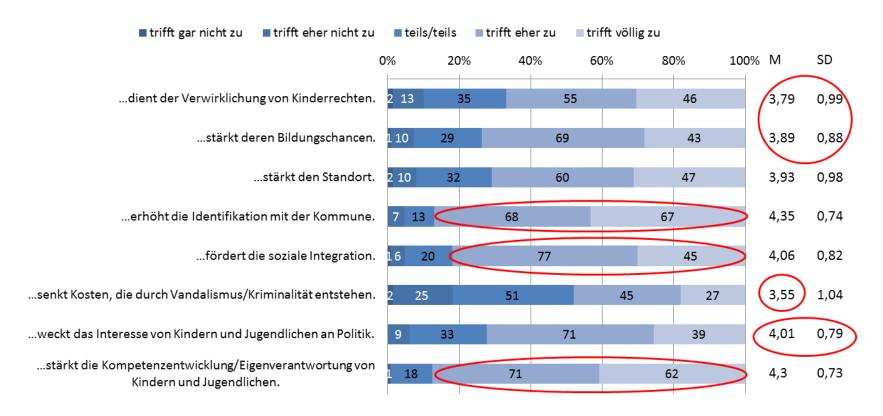
Die Kommunen wurden gebeten, Aussagen zu beurteilen, die die allgemeine Wirkung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf die Kommune betreffen. Die Aussagen wurden so formuliert, dass die beschriebene Wirkung wünschenswert ist. Hohe Mittelwerte beschreiben also eine positive Wirkung.

Die Beurteilung der allgemeinen Wirkung von Partizipation fiel sehr positiv aus. Zu allen abgefragten Aspekten können sehr hohe Zustimmungen berichtet werden. Der niedrigste Mittelwert liegt bei M=3,55 und zeigt damit immer noch eine erhöhte Zustimmung zu der kostensenkenden Wirkung von Beteiligung hinsichtlich Vandalismusschäden und Kriminalität.

Über 80% der Kommunen stimmen den Aussagen (eher) zu, dass die Beteiligung die Identifikation mit der Kommune stärkt und die soziale Integration sowie die Kompetenzentwicklung bzw. die Eigenentwicklung von Kindern und Jugendlichen fördert.

Auch die zentrale These, dass Beteiligung der Verwirklichung von Kinderrechten dient, erhält mit M=3,79 eine hohe Zustimmung bei einer relativ niedrigen Standardabweichung (vor allem verglichen mit anderen Themenbereichen). Noch überzeugter und einiger sind sich die Kommunen, dass Partizipation die Bildungschancen (M: 3,89; SD: 0,88) sowie das Interesse der Kinder und Jugendlichen an Politik stärkt (M: 4,01; SD: 0,79).

## Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen...



**Abbildung 11: Wirkung Partizipation allgemein** 

#### 3.11 Beurteilung der Wirkung der Beteiligung auf die Zielgruppe

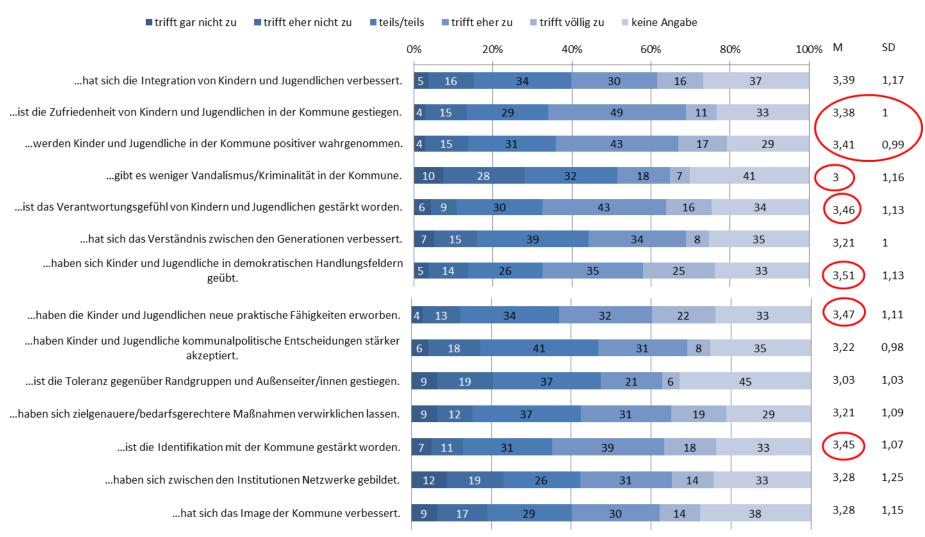
In diesem Teilbereich wurden die Kommunen aufgefordert, Aussagen zu beurteilen, die die Wirkung von Partizipation auf Kinder und Jugendliche betreffen. Die Aussagen wurden wie zuvor so formuliert, dass die beschriebene Veränderung wünschenswert ist. Die Zustimmungsquoten zu den Aussagen fallen, verglichen mit anderen Zustimmungsquoten in dieser Studie, hoch aus. Alle Mittelwerte liegen bei 3 oder höher. Damit entsprechen sie auch den Ergebnissen im vorherigen Abschnitt zur allgemeinen Wirkung auf die Kommune.

Die größte durchschnittliche Zustimmung erhielt die Aussage, dass sich Kinder und Jugendliche in demokratischen Handlungsfeldern geübt haben (M: 3,51, SD: 1,13). Ebenfalls wurde die Aussage unterstützt, dass sie neue praktische Fähigkeiten erwerben (M: 3,47; SD: 1,11). Aber auch die Aussage mit der geringsten Zustimmung "Durch Kinder- und Jugendbeteiligung gibt es weniger Vandalismus/Kriminalität in der Kommune" erhielt noch eine recht hohe durchschnittliche Zustimmung von M=3.

Die Kommunen gaben relativ einheitlich an, dass Kinder und Jugendliche als zufriedener wahrgenommen werden (M: 3,38; SD: 1) und gleichzeitig auch von außen positiver wahrgenommen werden (M: 3,41; SD: 0,99). Ebenfalls stimmen sie verbreitet zu, dass das Verantwortungsgefühl der Kinder und Jugendlichen gestärkt worden ist (M: 3,46; SD: 1,13).

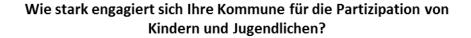
Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Bestätigung der Aussage, dass die Identifikation der Kinder und Jugendlichen mit der Kommune durch die Beteiligung gestärkt worden ist (M: 3,45; SD: 1,07). Zusammenfassend geben die Befragten somit sehr positive Einschätzungen der möglichen und tatsächlichen Wirkungen von Kinder- und Jugendbeteiligung.

### Durch Kinder- und Jugendbeteiligung...



#### 3.12 Stärke des Engagements der Kommune

Die Frage, wie stark sich die Kommunen für Partizipation von Kindern und Jugendlichen engagieren, erbrachte, dass jeweils 41 Kommunen angeben "eher aktiv" bzw. "eher nicht aktiv" zu sein. Zu beiden Seiten der Aktivitätsskala fallen die Zahlen deutlich ab, jedoch geben in der Summe mehr Kommunen an "weitgehend" (28) oder "umfassend" (16), als "weitgehend nicht" (18) oder "gar nicht" (7) aktiv zu sein. Insoweit zeigt sich hier ein heterogenes Bild in Bezug auf die Engagementstärke, die das Bild der bereits berichteten Ergebnisse bestätigt.



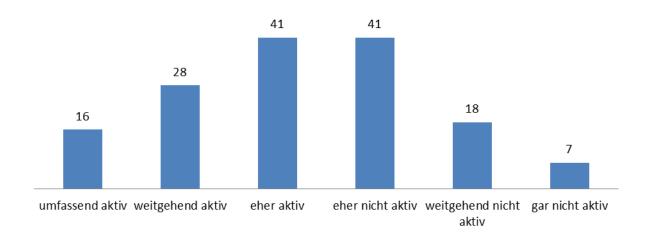


Abbildung 13: Stärke des Engagements der Kommune

#### 3.13 Häufigkeit des Einbezugs der Ansichten von Kindern und Jugendlichen in Beschlüssen

Die meisten Kommunen (52) berichten, dass sie die Ansichten von Kindern und Jugendlichen "selten" in Beschlüsse einbeziehen. 45 Kommunen geben an, sie "manchmal" einzubeziehen, 34 Kommunen tun dies nach eigenen Angaben "sehr selten". Nur wenige Kommunen beziehen die Ansichten der Kinder und Jugendlichen "häufig" (16) oder "sehr häufig" (3) ein.

> Alles in allem, wie häufig werden die Ansichten von Kindern und Jugendlichen tatsächlich in Beschlüssen der Kommune einbezogen?

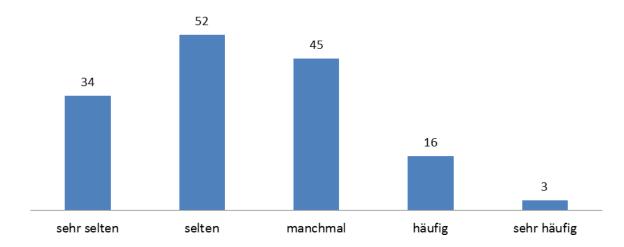


Abbildung 14: Häufigkeit Einbezug der Ansichten von Kindern und Jugendlichen

#### 3.14 Wünsche hinsichtlich Unterstützung

Bei der Frage nach möglichen Unterstützungsformen waren wiederum Mehrfachnennungen möglich. Unterstützung wünschen sich die Kommunen vor allem in personeller (91) und finanzieller Form (91). Aber auch Fortbildungen/Trainings (58), Fachberatung (54), Projektkooperation (52) und Fachinformationen (48) werden gewünscht, werden aber etwas seltener genannt.

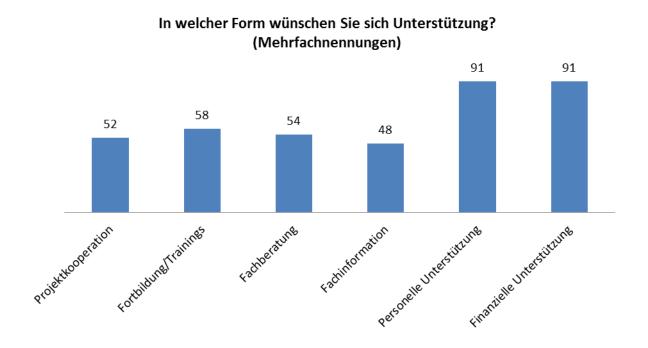


Abbildung 15: Unterstützungswünsche

#### 3.15 Alterszielgruppen der Beteiligungsformen

Über 100 der Kommunen gaben jeweils an, Beteiligungsformen für 10- bis unter 14-Jährige (106) und 14- bis unter 18-Jährige anzubieten. Die meisten Angebote werden also für die Gruppe der Jugendlichen ab 10 Jahren angeboten. 63 Kommunen bieten Partizipation für 6bis unter 10-Jährige an, 36 Kommunen bieten sie auch für 18- bis unter 27-Jährige an, und 10 Kommunen richten auch Beteiligungsangebote an Kinder unter 6 Jahren. Auch bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich; dabei zeigt sich, dass Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren die vordringliche Zielgruppe der Beteiligungsformen sind.

## Die Beteiligungsformen unserer Kommune richten sich an folgende Zielgruppen (Mehrfachnennungen)

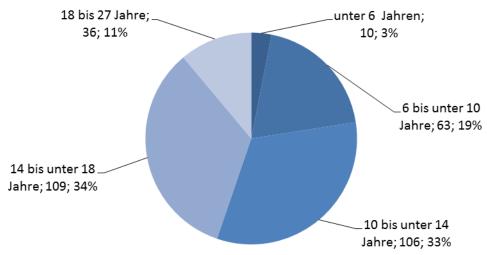


Abbildung 16: Alterszielgruppen der Beteiligungsformen

#### 3.16 Nutzung der Beteiligungsformen nach Geschlecht

82 Kommunen geben an, dass ihre Beteiligungsformen von weiblichen und männlichen Kindern und Jugendliche genutzt werden. Eine Kommune gibt an, dass die Angebote vor allem von Jungen/jungen Männern genutzt werden - zwei geben an, dass sie hauptsächlich von Mädchen/jungen Frauen genutzt werden. Insoweit lassen sich in Bezug auf das Geschlecht, anders als beim Alter, keine besonderen Schwerpunkte in der Zielgruppenorientierung feststellen.

## Die Beteiligungsformen werden vor allem genutzt von:

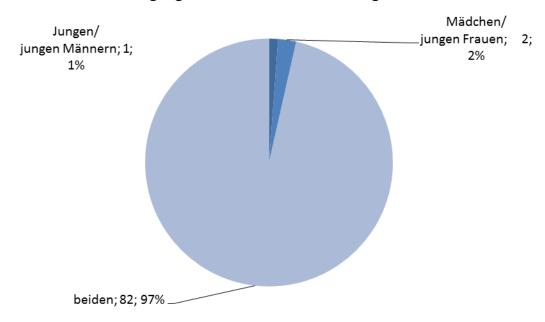
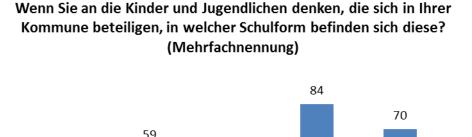


Abbildung 17: Hauptsächliche Nutzung der Beteiligungsformen nach Geschlecht

#### 3.17 Schulformen der beteiligten Kinder und Jugendlichen

Am häufigsten gehen beteiligte Kinder und Jugendliche auf die Realschule (84), gefolgt vom Gymnasium mit 70 Nennungen sowie von der Haupt- (59) und der Grundschule (58). Am seltensten wurde die Schulform der Förderschule (18) ausgewählt. 24 Kommunen machten hierzu keine Angabe.

Wie zuvor waren auch bei dieser Frage Mehrfachantworten möglich. Es wird deutlich, dass vor allem weiterführende Schulformen (Sekundarstufe I und II) genannt wurden, was tendenziell den Ergebnissen der Altersgruppe der Angebote entspricht. Die Interpretation dieser Zahlen sollte mit dem Vorbehalt geschehen, dass es sich hierbei lediglich um die subjektive Einschätzung der ausfüllenden Person handelt und nicht tatsächliche Statistiken in Bezug auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen.



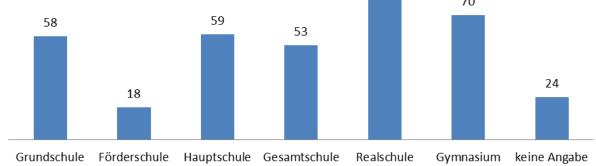


Abbildung 18: Schulformen der beteiligten Kinder und Jugendlichen

## 4 Weiterführende Analysen

Im Folgenden werden die erhobenen Daten in Bezug zueinander gesetzt, um Aussagen darüber treffen zu können, ob zum Beispiel größere Kommunen andere Strukturen aufweisen als kleinere. Insgesamt wurden acht Hypothesen geprüft, die im Vorfeld aufgestellt wurden. Es werden die Hypothesen sowie ihre Testergebnisse vorgestellt.

Zunächst werden jeweils die Hypothese und der ausformulierte Befund dargestellt. Die Hypothesen sind als "Je-desto"-Aussagen formuliert, es ist jedoch nicht immer davon auszugehen, dass der im ersten Teil des Satzes beschriebene Aspekt den Aspekt im zweiten Satzteil kausal beeinflusst. Neben einer wechselseitigen Beeinflussung der beiden Faktoren ist es auch möglich, dass die Hypothese lediglich ähnliche bzw. gegenläufige Ausprägungstendenzen prognostiziert.

Zum Verständnis der berichteten Statistiken sind folgende Aspekte zu beachten:

- "N" steht jeweils für die Anzahl der einbezogenen Fälle bzw. die Zahl der Antworten pro Frage.
- "r" ist der Korrelationskoeffizient und gibt die Stärke des Zusammenhangs der getesteten Variablen an. Der Wert kann zwischen -1 und 1 liegen - je größer der Wert ist, desto stärker ist der Zusammenhang. Ein positiver Korrelationskoeffizient verweist auf einen "je höher, desto höher"-Zusammenhang, ein negativer auf einen "je höher, desto niedriger"-Zusammenhang der beiden Variablen.
- "p" gibt an, wie signifikant der Befund ist. Ein möglichst geringer Wert bedeutet, dass die gefundenen Zusammenhänge statistisch bedeutsam und nicht zufällig sind.

Zu beachten ist hierbei, dass durch den Aufbau der Studie zwar keine definitive Aussage darüber getroffen werden kann, ob ein Faktor den anderen bedingt. Bei einigen liegt die Vermutung einer solchen kausalen Verbindung nahe, muss aber nichtsdestotrotz als spekulativ bewertet werden.

## 4.1 Hypothese 1

H1: Je eher die Verwaltung unter Kinder- und Jugendbeteiligung versteht, dass diese an Themen und Aufgaben arbeiten, desto häufiger werden Kinder und Jugendliche in Entscheidungsprozesse einbezogen.

#### Antwort:

Es besteht ein statistisch bedeutsamer Zusammenhang: das Verständnis über die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wirkt sich auf die Entscheidungsprozesse aus.

Hinter dieser Hypothese steht die Annahme, dass das spezifische Partizipationsverständnis einer Kommune Einfluss darauf hat, wie stark Kinder und Jugendliche tatsächlich in konkrete Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Insoweit ist zu erwarten, dass ein gerade aktives Verständnis der themenbezogenen Mitarbeit diese Einbindung befördern sollte.

N = 163

r = 0.388

p = 0.001

In die Berechnung sind die Antworten von 163 Kommunen eingeflossen. Sie haben sowohl eine Angabe bei der Frage nach dem Verständnis von Beteiligung als Arbeit der Kinder und Jugendlichen an klar umrissenen Aufgaben gemacht als auch bei den Fragen nach der Häufigkeit des Einbezugs in Entscheidungsprozesse. Der Korrelationskoeffizient von 0,388 zeigt an, dass eine mittlere Effektstärke vorliegt, also ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Verständnis von Kinder- und Jugendbeteiligung und der Häufigkeit des Einbezugs besteht. Dieser Zusammenhang ist hoch signifikant und ist nicht zufällig, sondern verweist auf ein enges Zusammenspiel der beiden Aspekte.

## 4.2 Hypothese 2

H2: Je weniger Kinder und Jugendliche in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, desto häufiger wird angegeben, dass die Partizipation dieser ausgebaut werden muss.

#### Antwort:

Es besteht ein statistisch bedeutsamer Zusammenhang: Kommunen mit geringerer Kinder- und Jugendbeteiligung wünschen sich in besonderer Weise einen Ausbau der Partizipationsform.

Mit dieser Hypothese wurde die Frage aufgegriffen, ob Kommunen, die derzeit eine weniger starke Partizipation von Kindern und Jugendlichen praktizieren, generell am Ausbau der Beteiligung interessiert sind bzw. umgekehrt Kommunen mit einer starken Kinder- und Jugendbeteiligung systematisch seltener einen Bedarf für deren Ausbau sehen.

N= 161

r = -0.219

p = 0.005

In die Berechnung sind die Antworten von 161 Kommunen eingeflossen. Sie haben sowohl eine Angabe bei den Fragen nach der Häufigkeit des Einbezugs in Entscheidungsprozesse gemacht als auch bei der Frage nach der Notwendigkeit des Ausbaus der Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Der Korrelationskoeffizient von -0,219 zeigt an, dass eine eher geringe bis mittlere Effektstärke vorliegt, was heißt, dass zwischen der Häufigkeit des Einbezugs und dem Wunsch nach dessen Ausbau ein durchaus substantieller Zusammenhang besteht. Das negative Vorzeichen verweist (wie in der Hypothese angenommen) auf eine inverse Beziehung zwischen den beiden Variablen (je mehr - desto weniger). Der Zusammenhang ist sehr signifikant und nicht zufällig, aber andere Faktoren sind offensichtlich noch bedeutsamer, um Unterschiede zwischen Kommunen in Bezug auf diese beiden Aspekten zu erklären.

## 4.3 Hypothese 3

H3: Je höher die Einwohnerzahl, desto eher sind bereits Strukturen für eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vorhanden.

#### Antwort:

Es besteht ein statistisch bedeutsamer Zusammenhang: Kommunen mit einer hohen Einwohnerzahl besitzen eher Strukturen für eine Kinder- und Jugendbeteiligung.

Mit Hypothese 3 wurde der Frage nachgegangen, ob das Thema Beteiligung in größeren Kommunen/Städten eher strukturell unterstützt wird, was wahrscheinlich erscheint, da größeren Kommunen eher die personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung stehen sollten.

N = 164

r = 0.211

p = 0.007

In die Berechnung sind die Antworten von 164 Kommunen eingeflossen. Sie haben sowohl eine Angabe bei der Frage nach der Einwohnerzahl gemacht als auch bei der Frage nach vorhandenen Strukturen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Der Korrelationskoeffizient von 0,211 zeigt an, dass eine eher geringe bis mittlere Effektstärke vorliegt, so dass gilt, dass die Größe einer Kommune nicht vordringlich für das Ausmaß an Strukturen der Kinder- und Jugendbeteiligung verantwortlich ist, sondern auch andere Faktoren eine maßgebliche Rolle spielen. Trotzdem scheint auch die Größe einer Kommune wie erwartet Einfluss zu haben, da der Zusammenhang sehr signifikant und nicht zufällig ist.

## 4.4 Hypothese 4

H4: Je häufiger Kinder und Jugendliche in unterschiedlichen Bereichen beteiligt werden, desto positiver werden die Ziele mit dieser Partizipationsform ("Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen...") wahrgenommen.

#### Antwort:

Es besteht ein statistisch bedeutsamer Zusammenhang: mit einer weitreichenden Partizipation von Kindern und Jugendlichen werden die Ziele dieser Beteiligungsform positiver wahrgenommen.

Hier steht die Annahme im Fokus, dass stärkere und breiter gefächerte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit einer positiven Einstellung hinsichtlich der Wirkung von Partizipation einhergeht. Zu beachten ist hierbei noch einmal, dass durch den Aufbau der Studie keine Aussage darüber getroffen werden kann, ob ein Faktor den anderen bedingt. Es ist lediglich eine Aussage darüber möglich, ob tendenziell eine positivere Einstellung in Bezug auf die Zielerreichung von Partizipation vorzufinden ist, wenn Kinder und Jugendliche in vielen Bereichen ausgeprägt beteiligt werden und andersherum.

N= 102

r = 0.281

p = 0.004

In die Berechnung sind die Antworten von 102 Kommunen eingeflossen. Sie haben sowohl eine Angabe bei der Frage nach der Häufigkeit des Einbezugs der Kinder und Jugendlichen in verschiedene vorgegebene Bereiche der Kommune gemacht als auch bei den Fragen zur Beurteilung der Wirkung von Beteiligung im Allgemeinen. Der Korrelationskoeffizient von 0,281 zeigt an, dass eine eher geringe bis mittlere Effektstärke vorliegt, was auf einen vorhandenen, aber begrenzten Zusammenhang zwischen den beiden Aspekten hinweist. Da der Zusammenhang sehr signifikant und nicht zufällig ist, erfährt die Hypothese Unterstützung, was auf eine positive Wechselwirkung zwischen weitreichender Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und der Wahrnehmung von deren Zielen verweist.

## 4.5 Hypothese 5

H5: Je höher die Einwohnerzahl, desto eher verfügt die Kommune über finanzielle und personelle Mittel für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

#### Antwort:

Es besteht ein statistisch bedeutsamer Zusammenhang: die Einwohnerzahl steht im Zusammenhang mit den personellen und finanziellen Mitteln.

Diese Hypothese beschreibt einen zu prüfenden Zusammenhang auf Grundlage der Annahme, dass größere Kommunen/Städte - wie oben bereits argumentiert - mehr Mittel zur Förderung und Unterstützung von Partizipation von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung haben.

N = 165

r = 0.273

p = 0.001

In die Berechnung sind die Antworten von 165 Kommunen eingeflossen. Sie haben sowohl eine Angabe bei der Frage nach der Einwohnerzahl gemacht als auch bei den Fragen nach der Beurteilung der Ausstattung mit finanziellen und personellen Mitteln. Der Korrelationskoeffizient von 0,273 zeigt an, dass eine eher geringe bis mittlere Effektstärke vorliegt, die Größe und die finanziellen und personellen Ressourcen also in einem substantiellen Zusammenhang stehen, aber offensichtlich auch anderen Faktoren dabei eine Rolle spielen. Der Zusammenhang ist höchst signifikant und somit nicht zufällig, verweist aber darauf, dass die Größe einer Kommune nicht der einzige und möglicherweise nicht einmal der entscheidende Faktor zur Vorhersage von Beteiligungsressourcen ist.

## 4.6 Hypothese 6

H6: Je aktiver die Kommune im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung ist, desto positiver ist die Wahrnehmung von deren Ergebnissen.

### Antwort:

Es besteht ein statistisch bedeutsamer Zusammenhang: das Ausmaß der Aktivität in diesem Bereich wirkt sich auf die wahrgenommenen Ergebnisse aus.

Mit dieser Hypothese wird die Annahme geprüft, dass aktivere Kommunen im Bereich der Partizipation auch gleichzeitig positivere Wirkungen der Beteiligung erfahren und berichten.

N = 76

r = 0.594

p = 0.001

In die Berechnung sind die Antworten von 76 Kommunen eingeflossen. Sie haben sowohl eine Angabe bei der Frage nach der Engagementstärke der Kommune gemacht als auch bei den Fragen nach der Wirkung von Beteiligung. Der Korrelationskoeffizient von 0,594 zeigt an, dass eine hohe Effektstärke vorliegt, also Aktivität der Kinder- und Jugendbeteiligung und wahrgenommene Ergebnisse in einem sehr engen Zusammenhang zueinander stehen. Der Zusammenhang ist dementsprechend höchst signifikant und nicht zufällig.

## 4.7 Hypothese 7

H7: Je häufiger die Ansichten von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungen einbezogen werden,

- desto seltener herrscht das Verständnis vor, dass Beteiligung darin besteht, dass Erwachsene die Ansichten von Kindern und Jugendlichen vertreten.
- desto eher herrscht das Verständnis vor, dass Beteiligung darin besteht, dass ausgewählte Kinder- und Jugendvertreter in Gremien mitbestimmen.

#### Antwort:

Es besteht ein statistisch bedeutsamer Zusammenhang: die Häufigkeit der Kinder- und Jugendbeteiligung hat einen Einfluss auf das Verständnis der Kommune über diese Partizipationsform.

In diesem Fall wurden zwei Annahmen geprüft, die sich inhaltlich ergänzen. In beiden Fällen wird einerseits die Häufigkeit des Einbezugs von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungen der Kommune betrachtet. Auf der anderen Seite wird das Verständnis der Verwaltung von Beteiligung mittels zweier komplementärer Ansätzen betrachtet. Ein Item repräsentiert hierbei ein schwaches Verständnis von Beteiligung - in Form von stellvertretender Interessenwahrnehmung durch Erwachsene. Das andere Item stellt ein starkes Partizipationsverständnis dar, bei dem Kinder und Jugendliche selbst durch gewählte Vertreter/innen mitbestimmen. Es wird getestet, ob sowohl die hohe Zustimmung zu einem starken Verständnis als auch die Ablehnung eines schwachen Verständnisses mit dem häufigen Einbezug der Kinder und Jugendlichen bei Entscheidungen zusammenhängt. Auch hier ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass die kausale Wirkrichtung solcher Zusammenhänge als spekulativ gelten muss.

N <sub>Erwachsene</sub> = 92	N <sub>Vertreter K&amp;J</sub> = 94
r= -0,434	r= 0,377
p= 0,001	p= 0,001

In die Berechnung sind die Antworten von 92 bzw. 94 Kommunen eingeflossen. Sie haben sowohl eine Angabe bei der Frage nach der Häufigkeit des Einbezugs bei Entscheidungen gemacht als auch bei den Fragen nach dem Verständnis von Beteiligung als a) Interessenvertretung durch Erwachsene und b) Mitbestimmung durch gewählte Kinder- und Jugendvertreter. Die Korrelationskoeffizienten -0,434 bei a) als auch 0,377 bei b) zeigen an, dass jeweils eine mittlere bis (bei a) starke Effektstärke vorliegt, also sehr deutliche Zusammenhänge zwischen dem Verständnis der Kinder- und Jugendbeteiligung bestehen. Insoweit ist nicht überraschend, dass die Zusammenhänge beide höchst signifikant und nicht zufällig sind.

## 4.8 Hypothese 8

H8: Wenn die Kommunen eine zentrale Stelle/Abteilung für Kinder- und Jugendbeteiligung haben, dann werden die Kinder und Jugendlichen häufiger in die einzelnen Phasen einbezogen.

#### Antwort:

Es besteht ein statistisch bedeutsamer Unterschied: die Organisationsform hat Auswirkungen auf die Häufigkeit der Kinder- und Jugendbeteiligung in den einzelnen Phasen.

In der letzten Hypothese wird ein Zusammenhang zwischen strukturellen Bedingungen (der Organisation der Zuständigkeit für Partizipation in der Verwaltung) und der Häufigkeit des Einbezugs von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungsprozesse einzelner Projektphasen getestet. Die zugrundeliegende Annahme ist, dass die Beteiligung im Falle einer zentralen zuständigen Stelle höher ausfällt als bei einer anderen Organisation der Zuständigkeiten.

$$N_{zentrale \ Stelle} = 72$$
  $N_{keine \ zentrale \ Stelle/mehrere \ Stellen} = 98$   $M_{zentrale \ Stelle} = 3$   $M_{keine \ zentrale \ Stelle/mehrere \ Stellen} = 2,24$   $p = 0,001$ 

In die Berechnung sind die Antworten von 72 bzw. 98 Kommunen eingeflossen. Sie haben sowohl eine Angabe bei der Frage nach der Organisation der Zuständigkeit für Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Kommune gemacht als auch bei den Fragen nach der Häufigkeit der Einbindung in verschiedenen Entscheidungsphasen. Die Mittelwerte für den Einbezug in verschiedenen Phasen von 3,00 (mit Zentralstelle) und 2,24 (ohne Zentralstelle) unterscheiden sich mäßig stark, aber höchst signifikant voneinander. Das macht deutlich, dass das Vorhandensein einer zentralen Stelle ein Faktor bei der Vorhersage des Ausmaßes der Kinder- und Jugendbeteiligung in den verschieden Phasen ist.

## 5 Schlussfolgerungen und Diskussion

In diesem Kapitel sollen die Ergebnisse der Studien zusammenfassend diskutiert und gewertet werden, um die wichtigsten Schlussfolgerungen aus den vielfältigen Einzelergebnissen herauszuarbeiten und eine Grundlage für mögliche praktische Implikationen für die kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung zu schaffen.

## 5.1 Allgemeine Aspekte der Erhebung

Die Rücklaufquote von 39,6% ist für eine Online-Befragung sehr positiv zu bewerten und spiegelt das Interesse der Kommunen am Thema der Partizipation von Kindern und Jugendlichen wider. In der Gesamtschau wird deutlich, dass teilweise hohe Streuungen vorhanden sind, was für ein differenziertes Antwortverhalten, aber auch unterschiedliche Meinungen und Erfahrungen spricht. So sind beispielsweise bei der Frage danach, was die Verwaltung unter Kinder- und Jugendbeteiligung versteht, tendenziell höhere Standardabweichungen zu verzeichnen als bei anderen Fragen.

## 5.2 Deskriptive Ergebnisse

Die Vielfalt der Kinder- und Jugendbeteiligung in niedersächsischen Kommunen wird schon in deren Organisationsform und Verankerung deutlich. Für die Kinder- und Jugendbeteiligung gibt es teilweise eine zentrale Abteilung/Stelle, teilweise aber auch keine speziellen Zuständigkeiten. Kinder- und Jugendbeteiligung ist am häufigsten in Rats- und Fachausschüssen verankert, andere Dokumente spielen eine eher untergeordnete Rolle.

Wie Kinder und Jugendliche in den Jugend(hilfe)ausschuss eingebunden werden, bleibt weitgehend unklar. Viele Kommunen machten hierzu keine Angabe oder verwiesen auf andere als die vorgeschlagenen Beteiligungsformen. Für Entscheidungsprozesse werden Kinder und Jugendliche am ehesten bei der Ideenlieferung und in der Planungsphase einbezogen, seltener in den Entscheidungsphasen und bei der Evaluierung. Die Verwaltungen verstehen unter Kinder- und Jugendbeteiligung vor allem die Mitarbeit von Kindern und Jugendlichen in Projekten - aber auch, dass Erwachsene stellvertretend deren Interessen wahrnehmen. Die Mitbestimmung in Erwachsenengremien spielt dagegen eine geringere Rolle im Beteiligungsverständnis der Kommunen. Es gibt unterschiedliche Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung, am häufigsten ist die Form der Arbeitsgruppen, aber auch Zukunftswerkstätten und Kinder- und Jugendbeauftragte werden oft genutzt.

Knapp über 60% der Befragten stimmen zu, dass die Partizipation ausgebaut werden muss - Strukturen hierfür sind in nur fast 1/3 der befragten Kommunen vorhanden. Das politische Klima bezüglich der Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen wurde eher positiv bewertet, jedoch verfügen die Kommunen häufig nicht über das nötige Personal oder über qualifizierte Personen sowie die finanziellen Mittel.

Kinder und Jugendliche werden vor allem in Bereichen beteiligt, die mit den unmittelbaren Interessen der Zielgruppe assoziiert werden (dagegen spielen allgemeine Bereiche wie etwa Stadtteilsanierung und Bauleitplanung kaum eine Rolle):

- Angebote von Jugendzentren, Jugendtreffs oder Jugendclubs,
- Planung von Freizeitangeboten,
- Spielplatzgestaltung,
- Ausgestaltung von Sport- und Freizeitanlagen,
- Spielraumgestaltung in Schulen.

Vielfältiger ist dagegen das Meinungsbild über mögliche Wirkungen von Kinder- und Jugendbeteiligung, wo die Kommunen vor allem Chancen in Bezug auf folgende Aspekte sehen:

- Identifikation mit der Kommune,
- Förderung der sozialen Integration,
- Kompetenzentwicklung/Eigenverantwortung,
- Politikinteresse wecken.

Positive Entwicklungen, die sich aus der Kinder- und Jugendbeteiligung ergeben, werden dementsprechend in der Erfahrung mit demokratischen Handlungsfeldern, dem Erwerb praktischer Fähigkeiten, der Stärkung des Verantwortungsgefühls, der Stärkung der Identifikation mit der Kommune und der positiveren Wahrnehmung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune gesehen.

Die Frage, wie stark sich die Kommune für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen einsetzt, wurde besonders heterogen beantwortet: dennoch ist ein etwas größerer Teil eher bis umfassend aktiv. Die Ansichten von Kindern und Jugendlichen werden nach Angabe der Kommunen eher "manchmal" bis "selten" in die Beschlüsse der Kommune einbezogen. Unterstützung wünschen sich die Kommunen vor allem in personeller und finanzieller Form.

Bezüglich der engagierten Zielgruppe zeigt sich, dass das Geschlecht bei der Nutzung der Beteiligung keine Rolle zu spielen scheint. Die meisten Beteiligungsformen richten sich an Kinder und Jugendliche über 10 Jahren. Darüber hinaus sind nach Meinung der Befragten eher Kinder und Jugendliche aus Realschulen und Gymnasien aktiv. Förderschüler/innen werden demgegenüber besonders selten genannt.

Insgesamt lässt sich also festhalten, dass bei aller Heterogenität die Kinder- und Jugendbeteiligung als wichtiges Thema durchaus erkannt ist und deren Ausweitung befürwortet ist. Insoweit ist ein positives Beteiligungsklima in den niedersächsischen Kommunen zu konstatieren, was Chancen auf eine zukünftige Entwicklung bieten sollte. Das Verständnis ist aber immer noch stark davon geprägt, dass Kinder und Jugendliche in sie unmittelbare betreffende Themen eingebunden werden und sie hauptsächlich Ideen für den Start von möglichen Maßnahmen liefern können, die dann aber von anderen Personen/Gremien vorangetrieben und entschieden werden. Ein weitergehendes Bild von Kindern und Jugendlichen als mitentscheidende Vertreter/innen ihrer Anliegen in Kommunen ist dagegen deutlich seltener anzutreffen.

## 5.3 Weiterführende Analysen

Das Verständnis von Kinder- und Jugendbeteiligung hat Auswirkungen auf Entscheidungsprozesse und den Umfang der Beteiligung. Kommunen mit eher geringer Beteiligung sehen in besonderem Maße den Bedarf zum Ausbau der Kinder- und Jugendbeteiligung. Größere Kommunen verfügen eher über finanzielle und personelle Mittel sowie Strukturen der Kinderund Jugendbeteiligung. Aktivere Kommunen sind optimistischer in Bezug auf die Auswirkungen der Kinder- und Jugendbeteiligung. Die Einrichtung einer zentralen Stelle scheint sich positiv auf das Ausmaß der Beteiligung auszuwirken. Eine häufige Einbindung der Ansichten von Kindern und Jugendlichen geht mit einem anderen Verständnis von Partizipation einher. Insoweit wird insgesamt deutlich, dass insbesondere Organisationsform und Verständnis von Kinder- und Jugendbeteiligung wichtige Faktoren und damit Ausgangspunkte für deren Ausbau sein können.

## 6 Handlungsempfehlungen

Im Folgenden werden auf der Basis der berichteten Ergebnisse der Studie mit 177 teilnehmenden niedersächsischen Kommunen Handlungsempfehlungen formuliert. Hierbei handelt es sich vordringlich um Ideen und Vorschläge, die sich aus den erhobenen Daten ergeben. Darüber hinaus können aber auch andere Faktoren für weitere Handlungsstrategien relevant sein.

Zur Förderung der Aktivitäten für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen sollte Kommunen in personeller und finanzieller Hinsicht Unterstützung angeboten werden, da diese Aspekte als stärkste Hinderungsgründe für den weiteren Ausbau angesehen werden. Aber auch andere Gestaltungsbereiche bieten Chancen. Dabei ist besonders hervorzuheben, dass die Kommunen beim Aufbau von Strukturen unterstützt werden sollten, indem zum Beispiel der Austausch zwischen Kommunen und/oder mit Fachexperten gefördert wird. Insbesondere für kleinere Kommunen sollten Konzepte zur Kinder- und Jugendbeteiligung entwickelt und verankert werden. Best Practice-Beispiele mögen hier besonders nachdrücklich wirken, insbesondere, da die Befragung allgemein ein positives Beteiligungsklima in sehr vielen Kommunen deutlich macht.

Kinder und Jugendliche sollten vermehrt in Entscheidungsprozesse, Gremien und Beschlüsse der Kommunen miteinbezogen werden, was maßgeblich die Entwicklung eines umfassenderen Beteiligungsverständnisses voraussetzt, dass diese Zielgruppe nicht allein als Ideengeber für spezifische Themen ansieht. Auch die Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung bei jungen Menschen bestimmter Schulformen, die bislang weniger mit Partizipation assoziiert wurden (Förder-, Grund-, Haupt- und Gesamtschulen) sollte gestärkt werden.

Zur Sicherung der Qualität und der Überprüfung der Wirkungen ist die gezielte Evaluation von Unterstützungs- und Förderangeboten in den einzelnen Kommunen sinnvoll, was sich insbesondere in Befragungen der Kinder und Jugendlichen selbst niederschlagen sollte.

Bei dieser Erhebung handelt es sich um eine erste Bestandsaufnahme, die einen Überblick über bestehende Angebote und Strukturen ermöglichen soll. Damit wurde aber auch der Grundstein für einen Nachvollzug von Veränderungen gelegt, indem potenzielle Vergleichswerte geschaffen wurden. Die Empfehlung an dieser Stelle lautet, Maßnahmen wie die oben beschriebenen voranzutreiben und mit einem zeitlichen Abstand (ca. drei bis vier Jahre) eine erneute Erhebung auf Basis der vorliegenden Studie durchzuführen. So können übergeordnete Veränderungen/Wirkungen der Maßnahmen nachgezeichnet werden.

Sinnvoll ist darüber hinaus sicher auch ein ergänzender Perspektivwechsel, der die Erfahrungen, Wünsche und Meinungen der Kinder und Jugendlichen in Bezug auf ihre Beteiligung in den Fokus nimmt. Hier bietet sich – nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass auch dies eine Form der Partizipation ist – eine eigene Erhebung an.

## Literatur

BBSR (o.J.): Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung; BBSR-Kommunalbefragung 2015

URL:

http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/WohnenImmobilien/Marktakteure/ProjekteFachbeitra ege/Kommunalbefragung2015/01\_Start\_Befragung.html?nn=446760 (letzter Abruf: 07.11.2017).

LS (o.J.): Landessozialamt/Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie, Niedersächsische Kinderkommission; Aufgaben:

URL:

https://www.soziales.niedersachsen.de/startseite/kinder\_jugend\_familie/kinderkommissi on\_niedersachsen/aufgaben-der-kinderkommission-149781.html (letzter Abruf: 07.11.2017).